

Sachdokumentation:

Signatur: DS 941

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/941



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

RESOLUTION

+++ Beschluss der Delegiertenversammlung vom 28. Oktober 2017 +++
(vorbehältlich redaktioneller Überarbeitung)

Demokratie braucht vielfältig informierte Bürgerinnen und Bürger

Die direkte Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger. Ohne sachgerechte Information gibt es keine sachgerechten Entscheidungen. Ohne vielfältige Medien funktioniert in unserer Gesellschaft mit vielfältigen Kulturen die Verständigung nicht. Ohne globales Mediennetz funktioniert die Verbindung der Schweiz mit der Welt nicht. Unsere Medien sind von wesentlicher Bedeutung für die Stellung unseres Landes in der Welt, für das Zusammenleben der Kulturen und Sprachregionen, und für die Entscheidungen über die politische Zukunft der Schweiz.

Die Leistungen der Medien sind in der Schweiz wie in der ganzen Welt gefährdet. Wo früher eine Vielzahl politischer Medien mit unterschiedlichen Informationen und Meinungen von rechts bis links miteinander im Wettbewerb standen, teilen sich heute fünf Familienunternehmen (Tamedia, Ringier, AZ Medien, BaZ/Blocher, Somedia) und ein parteinahes Medienhaus (NZZ) den privaten Markt auf, zum Teil bereits mit regionalen, multimediale Monopolen. Die Erträge aus dem traditionellen Mediengeschäft schrumpfen. Und die SRG gerät im medien-politischen Konkurrenzkampf unter massiven Druck. Der öffentliche und private Service public wird durch die No-Billag-Initiative in seiner Existenz bedroht.

Das Internet wird auch in der Schweiz zum gemeinsamen Raum für alle Medien. Das darf aber nicht zu einem zerstörerischen Machtkampf zwischen privaten und öffentlich finanzierten Schweizer Medienunternehmen führen. Profitieren würden davon nur politisch ehrgeizige Medientycoons und internationale Medien- und Internetkonzerne, die auf dem Schweizer Medienmarkt immer weiter vordringen.

Unabhängigkeit, Vielfalt, Qualität und demokratische Strukturen bleiben die wesentlichen Eigenschaften bürgerInnennaher Medien auch in der digitalen Gesellschaft.

Die Grünen fordern deshalb eine neue Partnerschaft von privaten und Service-public-Medien. Das Schweizer Mediensystem muss bestehen können gegenüber der globalen Konkurrenz. In der direkten Demokratie muss es auch die kleineren lokalen und regionalen Räume und die verschiedenen Sprachgebiete bedienen. Gerade dazu bietet die Digitalisierung viele Möglichkeiten.

Den Service public erhalten

Ein Land wie die Schweiz mit ihren kleinen Minderheiten, kleinen Märkten und ihrer direkten Demokratie ist auf einen Service public im Medienbereich angewiesen. Die mediale Bedienung dieser kleinen Märkte und die Wahrnehmung der medialen Interessen der regionalen und sprachlichen Minderheiten werden von privaten Medien nicht wahrgenommen, weil sie niemals rentieren können.

Ebenso wenig ist je elektronische Information aus dem In- und Ausland und qualitativ gutes, innovatives zeitgenössisches Kulturschaffen über den Markt allein zu finanzieren.

Auch künftig soll der Service public zu **Bildung, kultureller Entfaltung, freier Meinungsbildung und Unterhaltung in allen Sprachregionen** beitragen. Er muss aber auch reformiert werden.

Die **verfügbaren Mittel** sollen sich **auf dem bisherigen Stand** bewegen (Budget 2015).

Der Service public muss seinen **demokratischen Charakter verstärken**. Mit dem Einbezug des Internet kann und soll er sich öffnen gegenüber der Bevölkerung der Schweiz in ihrer ganzen Vielfalt.

Die **ganze Vielfalt der Bevölkerung** soll auch in der **Personalpolitik der SRG auf allen Ebenen** ihren angemessenen Ausdruck finden.

Die SRG soll sich von privaten Anbietern **bei der Auswahl und der Bearbeitung ihrer Inhalte unterscheiden**; sie orientiert sich vorbildlich an den professionellen Kriterien des Medienschaffens.

Die SRG soll die Werbung auf ein vernünftiges Mass beschränken.

Die **Unabhängigkeit des öffentlichen Service public vom Staat** muss verstärkt werden. Dazu braucht es eine **staatsferne Aufsicht und Regulierungsbehörde**, die den gesamten Medienbereich umfasst.

Die **publizistische Unabhängigkeit des öffentlichen Service public** von staatlichen Behörden sowie von wirtschaftlichen und politischen Machtkonzentrationen muss gestärkt werden. Dazu braucht es eine **unabhängige Aufsicht und Regulierungsbehörde**, die den gesamten Medienbereich umfasst.

Die Rolle der SRG

Die SRG/SSR trägt in ihren Strukturen den föderalen Gegebenheiten unseres Landes Rechnung. Sie entwickelt in allen Landesteilen eigenständige Programme und bietet diese für alle Bevölkerungsgruppen an. Damit stärkt sie die kulturelle Identität sprachlicher und regionaler Minderheiten und fördert den Austausch unter ihnen. Dies ist für den Zusammenhalt unseres mehrsprachigen Landes entscheidend in einem dynamischen Europa und einer globalisierten Welt.

Die Chancen des Internets müssen von der SRG genutzt werden, um die Attraktivität für die junge Generation und für Minderheiten zu steigern.

Bessere Rahmenbedingungen für private publizistische Medien

Auch im gemeinsamen digitalen Raum des Internet muss der **publizistische und kommerzielle Wettbewerb fair** geführt werden.

- **Die SRG soll den privaten Medien** zu gleichen Bedingungen nach klaren Spielregeln und unter Wahrung der Urheberrechte **Programminhalte zur Verfügung stellen**.
- **Gemeinsame Infrastruktur-Plattformen für private journalistische Produkte** sollen mit **öffentlichen Geldern** unterstützt werden können.
- **Indirekte Medienförderung** und **neue Instrumente der direkten Medienförderung** sollen – bei garantierter Unabhängigkeit vom Staat – die Medienvielfalt fördern und die innere Pressefreiheit stärken.

- **Aus-, Fort- und Weiterbildung** sollen zur Sicherung der Medienqualität verstärkt unterstützt werden.

Bürgerrechte, Datenschutz

Der **Schutz der Privatsphäre und der Bürgerrechte** darf nicht durch unzureichende Regelungen im Kommunikationsbereich ausgehebelt werden.

- **Strikte Netzneutralität** ist deshalb zwingend erforderlich.
- Die **vorgängige Zustimmung der NutzerInnen zu allen Datensammlungen und -verknüpfungen ist zwingend** (Opt-In-Regelung). Ohne Zustimmung kein Datensammeln.

Einladung zur Zusammenarbeit

Die Grünen Schweiz arbeiten mit allen gesellschaftlichen und politischen Kräften zusammen, die ohne Scheuklappen rasche Massnahmen zur **Förderung und Sicherung vielfältiger und demokratischer Medien** erarbeiten und beschliessen.